

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

politisches

Kalenderblatt

Pressedienst für zeitgeschichtliche Jahrestage

September 93

01.09.1948

Heute vor 45 Jahren: Die Geburtsstunde des Grundgesetzes

06.09.1953

Heute vor 40 Jahren: "Adenauer-Wahlen"

12.09.1990

Heute vor 3 Jahren: Das Ende der Nachkriegszeit

14.09.1958

Heute vor 35 Jahren: Erste Begegnung zwischen de Gaulle und Adenauer

24.09.1990

Heute vor 3 Jahren: Die DDR verläßt den Warschauer Pakt

Neue Postleitzahl: 53129

Die Geburtsstunde des Grundgesetzes

Am 1. September 1948 - heute vor 45 Jahren - wird im Naturkundlichen Museum Alexander Koenig in Bonn der Parlamentarische Rat mit Ansprachen und Musik feierlich eröffnet. Er ist aufgrund eines Aktes der westlichen Militärgouverneure von den Ministerpräsidenten der Länder in den drei Westzonen als verfassunggebende Versammlung für ein übergeordnetes Staatsgebilde einberufen worden und setzt sich aus Abgeordneten der frei gewählten Landtage im Westen Deutschlands zusammen. SPD und CDU/CSU stellen je 27, die Liberalen fünf, die Deutsche Partei, das Zentrum und die KPD je zwei Sitze. Zu diesen insgesamt 65 Abgeordneten gesellen sich fünf Vertreter Berlins mit beratendem Stimmrecht.

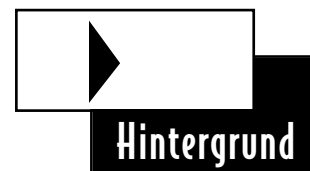
Nach der feierlichen Eröffnung findet in der unweit am Rheinufer gelegenen Pädagogischen Akademie - aus der später das Bonner Bundeshaus wird - die erste Arbeitssitzung des Parlamentarischen Rats statt. Zum Präsidenten wird der Vorsitzende der CDU in der britischen Zone gewählt - es ist der bereits 72jährige frühere Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer. Nur die Kommunisten votieren gegen ihn.

Die Bonner Versammlung ist zu Beginn noch eine sehr fragile Angelegenheit zwischen den Besatzungsmächten auf der einen und den deutschen Länder- und Parteivertretern auf der anderen Seite. Ihre immense Wichtigkeit für die Zukunft wird den meisten Menschen, denen es in der Trümmerlandschaft der ersten Nachkriegsjahre buchstäblich ums Überleben geht, erst allmählich deutlich.

Gut acht Monate dauern die Beratungen des Parlamentarischen Rats. Adenauer, der sich aus Detailfragen weitgehend heraushält, konzentriert seine Kraft vornehmlich darauf, das Unternehmen "Grundgesetz" steuernd und vermittelnd zu einem guten Ende zu bringen. Das ist nicht nur wegen der weltanschaulichen und parteipolitischen Differenzen innerhalb der Versammlung eine schwierige Aufgabe, sondern eben auch wegen der Alliierten. Der Parlamentarische Rat nimmt in besonders nachdrücklicher Weise vorweg, was auch nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland zunächst noch ein Problem sein wird: Ohne die Alliierten läuft nichts. Wer sich zu eng mit ihnen einläßt, gerät jedoch in Gefahr, politisch diskreditiert zu werden.

Dem Präsidenten des Parlamentarischen Rats gelingt es, ein Vertrauen schaffendes Verhältnis zu den Westmächten - vor allem zu den Amerikanern - aufzubauen, ohne daß die Glaubwürdigkeit der Versammlung in irgendeiner Weise Schaden nimmt. Gewiß: die Alliierten sind bei dem Vorgang der Verfassunggebung nicht wegzudenken; dennoch steht außer Zweifel, daß die Deutschen sich das Grundgesetz selbst gegeben haben.

Die Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat am 8. Mai 1949 ist für Adenauer "der erste frohe Tag seit dem Jahr 1933". Sein Beitrag zu diesem glücklichen Ende ist erheblich; und so steht sein Name auch mit gutem Grund an der Spitze der Unterschriften unter dieser Geburtsurkunde der Bundesrepublik Deutschland.



Die Geburtsstunde des Grundgesetzes

Hintergrund

Hintergrund: Parlamentarischer Rat und Bonner Grundgesetz

Das Grundgesetz verdankt - ebenso wie der Parlamentarische Rat - seinen Namen der Tatsache, daß es als Provisorium bis zur Wiedervereinigung Deutschlands gedacht ist. Es soll eben gerade nicht "Verfassung" - und auch nicht "verfassunggebende Versammlung" - heißen. Also: zwar eine Verfassung für die Westzonen - und für die auf ihrem Boden gegründete Bundesrepublik Deutschland - ; aber eine, die die Tür und den Weg offenhält für die Wiedererlangung der Einheit Deutschlands. Deshalb: "Grundgesetz".

Angesichts der durch die Wiedervereinigung von 1990 ausgelösten Verfassungsdiskussion gewinnt auch wieder an Bedeutung, was vom Parlamentarischen Rat anders gemacht wurde als in der Weimarer Reichsverfassung - und warum. Alle Spuren des Präsidialsystems und des Notverordnungsregimes sowie die allermeisten plebiszitären Elemente wurden getilgt, und zwar aus gutem Grund: Die Deutschen hatten mit ihnen die denkbar schlechtesten Erfahrungen machen müssen. Die Bundesrepublik wurde eine repräsentative, parlamentarische Demokratie; der Föderalismus wurde gestärkt. Die starke Stellung des Bundeskanzlers (durch die Hervorhebung der Richtlinienkompetenz in Art. 65 GG und durch die Einführung des konstruktiven Mißtrauensvotums in Art. 67 GG) war eine unmittelbare Konsequenz aus den Erfahrungen mit den häufigen Regierungswechseln während der Weimarer Republik. Und daß die Bonner Republik eine wehrhafte Demokratie wurde, hing ebenfalls direkt mit dem warnenden Beispiel Weimars zusammen, wo die Feinde der Demokratie die demokratischen Rechte zum Sturz der Demokratie mißbrauchen konnten.

Das Ziel des Grundgesetzes: Machtkontrolle und nochmals Machtkontrolle - auch um den Preis komplizierter, auf stufenweiser Delegation von Macht beruhender und zum Teil langwieriger Entscheidungsfindungen (insbesondere durch die sehr starke Betonung des föderalistischen Prinzips) - hatte zentral mit dem Scheitern der Republik von Weimar und der nachfolgenden Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten zu tun. Es war diktiert von den Lehren aus der deutschen Katastrophe; es galt, die Demokratie künftig gegen ihre Feinde und Gefährdungen wirkungsvoll zu schützen - und das Ziel wurde erreicht.

Der Zwang zum Kompromiß förderte den Konsens. Daß die Bundesrepublik der demokratische, rechtsstaatliche und soziale Bundesstaat geworden ist, den die Menschen täglich erleben, ist entscheidend dem Grundgesetz zu verdanken. Auch 45 Jahre nach dem Beginn der Beratungen des Parlamentarischen Rats ist seine breite Abstützung in der Bevölkerung unumstritten. - Und daß sich die Wiedervereinigung Deutschlands aufgrund und im Rahmen dieser Verfassung vollziehen konnte, spricht für sich selbst.

“Adenauer-Wahlen”

Am 6. September 1953 - heute vor 40 Jahren - gehen die Menschen im Westen Deutschlands zum zweiten Mal nach dem Krieg zu Bundestagswahlen an die Urnen. Es ist ein strahlender Sonntag; der Bundeskanzler geht - wie gewohnt - in seinem Wohnort Rhöndorf erst zur Kirche, dann ins Wahllokal. Abends legt er sich früh schlafen - denn mit aussagefähigen Resultaten ist in einer Zeit, die von blitzartigen Hochrechnungen auf allen Fernsehkanälen noch meilenweit entfernt ist, erst im Laufe der Nacht zu rechnen.

Am nächsten Morgen steht fest: Die Wahl ist eine Volksabstimmung für Konrad Adenauer. Das außenpolitische Konzept der Westbindung und das innenpolitische Programm der Sozialen Marktwirtschaft haben der amtierenden Bundesregierung einen Triumph beschert, der alle Erwartungen übertrifft. Die CDU/CSU verbessert sich gegenüber den Wahlen vom September 1949 von 31 auf 45,2 Prozent; die SPD verliert geringfügig und kommt nur noch auf 28,8 Prozent (1949: 29,2 Prozent). Weil Kommunisten und Deutsche Reichspartei, Gesamtdeutsche Volkspartei und Bayernpartei sämtlich an der 5-Prozent-Klausel scheitern, werden im 2. Deutschen Bundestag bloß noch sechs Parteien vertreten sein; mit 244 Sitzen hat die CDU/CSU sogar knapp die absolute Mehrheit der Mandate.

Adenauer kann sich die Koalitionspartner jetzt gewissermaßen aussuchen; in jedem Fall aber ist die Zukunft der Westverträge gesichert, für die es ab sofort im Bundestag eine Zwei-Drittel-Mehrheit gibt. Dem Kernstück der Außenpolitik droht somit keine Gefahr mehr - und innenpolitisch ist die von Ludwig Erhard personifizierte Politik des “Wohlstands für alle” ohnehin durchschlagend bestätigt worden.

Für den Bundeskanzler ist die Wahl ein überragender persönlicher Erfolg; der immerhin im 78. Lebensjahr stehende Adenauer, den viele 1949 noch bestenfalls als einen Übergangskandidaten betrachtet hatten, ist jetzt im Bewußtsein der Menschen daheim und außerhalb Deutschlands auf dem Weg zum überlebensgroßen Staatsmann, der dieser frühen Ära der Nachkriegsgeschichte seinen Namen aufprägen wird.

Für die Deutschen im Westen hält der Wahlausgang - acht Jahre nach dem Ende des “Dritten Reichs” - noch eine weitere, wichtige Lehre bereit: Es braucht keineswegs ein autoritäres System, um einem Staat die notwendige Stabilität und Ordnung zu geben. Die unbestreitbaren Vorzüge des Grundgesetzes und die Person Adenauers haben in ihrer Verbindung für die Innen- und Außenpolitik ein Maß an Berechenbarkeit, Festigkeit und Klarheit geschaffen, das in den Zeiten der Weimarer Republik undenkbar war.

Nach der Wahl entscheidet sich der Kanzler für eine breite bürgerliche Koalition; geführt von der CDU/CSU, schließt sie die FDP, die Deutsche Partei (DP) und den Gesamtdeutschen Block (BHE) ein. Mit dieser Regierung nimmt er Kurs auf die nächsten Jahre - und auf die kommende Bundestagswahl, die ihm 1957 einen noch größeren Triumph bringen wird.

Das Ende der Nachkriegszeit

Am 12. September 1990 - heute vor drei Jahren - ist die außenpolitische Einbettung der deutschen Einheit perfekt. In Anwesenheit des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow unterzeichnen in Moskau Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, DDR-Regierungschef Lothar de Maizière und die Außenminister Eduard Schewardnadse (UdSSR), James Baker (USA), Douglas Hurd (Großbritannien) und Roland Dumas (Frankreich) den "Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland".

Damit findet für die Deutschen - 45 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs - die Zeit der Nachkriegsgeschichte ihren Abschluß. Die vier Siegermächte der Koalition gegen Hitler entlassen mit den zehn Artikeln des Vertragswerks - das einem Friedensvertrag gleichkommt - die Deutschen in die Einheit und geben ihnen die volle Souveränität zurück. Zum ersten Mal seit Januar 1933 werden alle Deutschen wieder in einem demokratischen Staat leben und gemeinsam die Chance der demokratischen Selbstbestimmung haben. Es ist wahrhaftig "eine historische Stunde für ganz Europa" und "eine glückliche Stunde" für die Deutschen, wie Außenminister Genscher unmittelbar nach der Vertragsunterzeichnung erklärt.

Der sowjetische Außenminister Schewardnadse hebt hervor, daß es noch vor vier Monaten - zu Beginn des Zwei-plus-Vier-Prozesses - undenkbar schien, so rasch ein abschließendes Ergebnis zu erreichen. Er wünscht dem deutschen Volk "Erfolg und Wohlergehen" und stellt fest, daß unter die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs ein Schlußstrich gezogen und ein neuer Anfang gemacht worden sei.

In Bonn würdigt Bundeskanzler Helmut Kohl besonders die Tatsache, daß sich die deutsche Einheit im Einvernehmen mit allen Freunden, Verbündeten und Nachbarn vollzieht: "Dies ist die erste Einigung eines Landes in der modernen Geschichte, die ohne Krieg, ohne Leid und ohne Auseinandersetzungen erfolgt . . ." In der Tat ist die äußerlich schlichte Zeremonie in einem Saal des Moskauer Hotels "Oktjabrskaja" für den Kanzler im fernen Bonn auch eine Stunde des persönlichen Triumphs. Von Beginn an hat er - auch gegen anfängliche Widerstände bei den westlichen Verbündeten und ungeachtet gewisser Zögerlichkeiten in der eigenen Regierung - zielstrebig und konsequent auf genau dieses Ergebnis hingearbeitet, das jetzt in Moskau unter Dach und Fach gebracht wird: Das vereinte Deutschland wird Mitglied der NATO bleiben und mit seiner Einigung zugleich die volle Souveränität über alle seine inneren und äußeren Angelegenheiten erhalten.

Insofern ist das Abschlußdokument in Sachen Zwei-plus-Vier nichts anderes als das in Vertragsform gegossene Resultat der Verhandlungen, die Kohl Mitte Juli mit Gorbatschow in Moskau und im Kaukasus geführt hat. Und es ist der neben Helmut Kohl wichtigste Akteur dieser dramatischen Monate, nämlich Michail Gorbatschow, der knapp zwei Jahre später, im Juli 1992, über seinen Verhandlungspartner schreibt: "Vorwürfe, Kritik, ja sogar Beschimpfungen mußte und muß sich Helmut Kohl anhören. Nichts und niemand aber wird das Wichtigste erschüttern können, was er für sein Volk geleistet hat: die Wiedervereinigung Deutschlands."

Erste Begegnung zwischen de Gaulle und Adenauer

Am 14. September 1958 - an einem warmen Sonntag im Spätsommer - ist eine kleine Wagenkolonne im Hundertkilometertempo auf den Landstraßen Ostfrankreichs unterwegs. Die Reise hat frühmorgens in Baden-Baden begonnen, wo der deutsche Bundeskanzler in Brenners Kurhotel übernachtet hat. Am Vorabend ist er dort auf dem Rückweg von seinem traditionellen Urlaubsort Cadenabbia am Comer See eingetroffen. Ziel der Reise ist das schmucklose lothringische Bauerndorf Colombey-les-deux-Eglises. Am Ende der ansteigenden Dorfstraße liegt auf einem kleinen Hügel mit weitem Blick in das umgebende Land das Haus, das den berühmtesten Einwohner des Dorfes beherbergt: hier wohnt der amtierende französische Ministerpräsident General de Gaulle, der erst im Juni aus seinem Ruhestand gerufen und mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet worden ist, weil die Franzosen von ihm die Rettung aus der schweren Krise ihres Landes erhoffen. Der Algerien-Krieg und das Versagen der staatlichen Institutionen haben die Vierte Republik an den Rand des Abgrunds und des Bürgerkrieges getrieben; General de Gaulle wird bald darauf die Fünfte Republik aus der Taufe heben und ihr als Staatspräsident seinen Stempel aufdrücken.

Gegen mittag versammeln sich viele Dorfbewohner im Sonntagsstaat, dazu Gendarmen und rund 70 Journalisten und Pressefotografen vor dem verschlossenen Portal des Anwesens. Der Gast aus Deutschland hat Verspätung. Aber gegen 13.15 Uhr kommt Bewegung in die Menschen. In der Ferne wird die Motorradeskorte mit ihren weißen Sturzhelmen sichtbar, kurz darauf kommt die Kolonne die Dorfstraße hinauf. Unter freundlichem Händeklatschen der Zaungäste biegt der schwarze Mercedes 300 in das nur sekundenlang geöffnete Tor ein und verschwindet im schattigen Hintergrund des Parks. Nur wenige Augenzeugen haben den Insassen erkannt, der sich kurz nach vorn beugt und die Hand zum Winken erhebt.

So beginnt die erste Begegnung Konrad Adenauers mit Charles de Gaulle, die von den Zeitgenossen sogleich als historisch eingestuft wird. Nie zuvor hat de Gaulle einen auswärtigen Staatsmann in seinem Landhaus empfangen; er wird seinen Gast noch zusätzlich dadurch auszeichnen, daß er Adenauer in seinem Haus Quartier für die Nacht bietet. Über viele Stunden hinweg sprechen die beiden alten Herren unter vier Augen miteinander; de Gaulles Regie hat dafür gesorgt, daß die Außenminister und ihr Gefolge nach dem Mittagessen in die 30 km entfernte lothringische Kreisstadt Chaumont fahren und erst abends zu Gesprächen im erweiterten Kreis zurückkehren.

Als Adenauer am nächsten Tag, im Anschluß an ein gemeinsames Frühstück, wieder nach Bonn fährt, ist das Fundament für eine der erstaunlichsten Entwicklungen der europäischen Nachkriegspolitik gelegt: Franzosen und Deutsche werden die vergangene Gegnerschaft ein für allemal überwinden und Seite an Seite konstruktiv am Wiederaufbau Europas arbeiten. Was in Colombey am 14. September 1958 - heute vor 35 Jahren - beginnt, wird in der Folge zu einer unzerstörbaren Konstante der politischen Realität in Europa.

Erste Begegnung zwischen de Gaulle und Adenauer

Hintergrund

Adenauer und de Gaulle - ein Glücksfall der deutsch-französischen Beziehungen

Den Machtantritt General Charles de Gaulles im Juni 1958 hatte das offizielle Bonn durchaus mit gemischten Gefühlen und nicht ohne Beklommenheit verfolgt. Der greise Konrad Adenauer war nämlich mit dem vergleichsweise jugendlichen Personal und den für deutsche Begriffe fast schon chaotischen Verhältnissen der Vierten Republik im großen und ganzen erstaunlich gut zurechtgekommen. Obwohl diese von kolonialen Debakeln und einem fortwährenden Personenkarussell heimgesucht war, betrachtete Adenauer die Rückkehr de Gaulles an die Macht mit erheblichen Vorbehalten; er konnte schwerlich vergessen haben, daß das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in der französischen Nationalversammlung im August 1954 nicht nur das Werk der Kommunisten, sondern auch das der Anhänger des Generals gewesen war. Wie so häufig bei einschneidenden Änderungen in seinem vertrauten Koordinatensystem der politischen Kräfte reagierte der deutsche Kanzler zunächst vor allem mit Befürchtungen hinsichtlich der Zukunft. Selbst in seinen Memoiren spricht er noch von der "großen Sorge", die ihn auf dem Weg zu de Gaulle erfüllt habe.

Doch dann kommt - wie so oft in der politischen Laufbahn Konrad Adenauers - wieder einmal alles ganz anders. In Colombey-les-deux-Eglises beginnt zwischen den beiden alten Männern eine Beziehung, die mit gängigen politischen Kategorien weder faßbar noch erklärbar ist. Später wird es sogar Stimmen geben, die ihr politisches und menschliches Verhältnis vorwiegend als ein gigantisches wechselseitiges Mißverständnis erklären wollen. Wie dem auch sei - was zählt, sind jenseits aller Interessenunterschiede, aller Widersprüche und auch aller Enttäuschungen die Ergebnisse dieser die Zeitgenossen verblüffenden Konstellation. Und diese Ergebnisse sind dauerhaft und werden ein unzerstörbarer Teil der politischen Realität in Europa.

Nach drei Kriegen innerhalb von nur 75 Jahren - 1870/71, 1914-1918, 1939-1945 - vollziehen Adenauer und de Gaulle endgültig eine geschichtliche Kehrtwendung: sie beenden die "Erbfeindschaft" zwischen Deutschland und Frankreich. Zusammenarbeit und Aussöhnung gipfeln im Freundschaftsvertrag vom Januar 1963, der - ganz im Sinne seiner Schöpfer - ein

► Forts.

Hintergrund

Erste Begegnung zwischen de Gaulle und Adenauer

Forts.

Hintergrund

wesentliches Element für die Zukunft beider Staaten und für die Stabilität in Europa wird.

Adenauer selbst hielt den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 für die vielleicht wichtigste politische Tat seines Lebens, und noch auf dem Sterbebett quälte ihn die Sorge, die Erben könnten sein Werk verspielen.

Sie taten es nicht. Selten ist ein von Politikern am grünen Tisch vereinbartes Papier so sehr zum selbstverständlichen Bestandteil des alltäglichen Zusammenlebens zweier Völker geworden wie im Fall des Elysée-Vertrages. Die regelmäßigen umfassenden Konsultationen, die gegenseitige Abstimmung immer weiterer Politikbereiche, die gemeinsame Schrittmacherrolle in Sachen Europa, ja selbst der deutsch-französische Jugendaustausch bilden dabei nur den institutionellen Rahmen - entscheidend war und ist der Geist des Vertrages, der von den Menschen in beiden Ländern angenommen wurde und seitdem gelebt wird. Die Zeit war offenbar reif dafür, die Anstrengungen der beiden großen Nachbarn endlich auf gemeinsame Ziele zu richten. Und der Geist des Vertrages hat alle Regierungswechsel und alle denkbaren politischen Konstellationen - bis hin zur deutschen Einheit und den damit verknüpften Ängsten jenseits des Rheins - unbeschadet überstanden.

Willy Brandt und Georges Pompidou, Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Kohl und Francois Mitterrand haben dies über viele Jahre in allen politischen Wechselfällen stets von neuem unter Beweis gestellt.

Die DDR verläßt den Warschauer Pakt

Am 24. September 1990 endet in Berlin eine Epoche der deutschen Geschichte, die 35 Jahre zuvor, im Mai 1955, mit der Aufnahme der DDR in den Warschauer Pakt begonnen hat. In einem kurzen, feierlichen Akt, der nur knapp fünf Minuten dauert, besiegelt der erste und letzte Abrüstungsminister der DDR, Rainer Eppelmann, heute vor drei Jahren den Austritt der Deutschen Demokratischen Republik aus dem östlichen Militärbündnis.

Gemeinsam mit dem Oberkommandierenden des Warschauer Pakts, Armeegeneral Pjotr Luschet, unterzeichnet Eppelmann ein Protokoll, das bis zum 3. Oktober - dem Tag der deutschen Wiedervereinigung - die Herauslösung der Nationalen Volksarmee (NVA) aus den "Vereinten Streitkräften der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages" vorsieht. Bis dahin werden sich die Vertreter der NVA aus allen Führungspositionen des Warschauer Pakts zurückziehen und Geheim-Dokumente sowie Spezialausrüstungen an die Sowjetarmee zurückgeben. Ab dem 3. Oktober wird die DDR ihre finanziellen Leistungen einstellen und dem Warschauer Pakt keinen militärischen Beistand mehr leisten.

An der Unterzeichnung dieses historischen Dokuments nehmen auch der Oberkommandierende der Westgruppe der Roten Armee, Armeegeneral Boris Snetkow, und ein halbes Dutzend anderer hochrangiger sowjetischer Militärs teil. Ihnen steht auf der anderen Seite mit Rainer Eppelmann einer der bekanntesten Dissidenten aus der Zeit der untergegangenen SED-Diktatur gegenüber. Der gelernte Maurer, der als Pfarrer eine Leitfigur des friedlichen Widerstands gegen die kommunistische Gewaltherrschaft war, hat sich in den vergangenen Jahren in ganz besonderem Maße dem vielfältigen Terror der Stasi ausgesetzt gesehen. Die kurze Zeremonie der Protokoll-Unterzeichnung ist auf diese Weise mit Symbolik geradezu aufgeladen; wie unter einem Brennglas offenbart die Szene den ungeheuren Wandel, der sich in weniger als zwölf Monaten vollzogen hat: Das viele Jahre lang gepflegte, bombastische Wortgeklingel von der "unverbrüchlichen Freundschaft und Waffenbrüderschaft", vom "unwiderrieflichen brüderlichen Bündnis mit den Armeen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten", ist historisch mit einem Schlag Makulatur.

Der Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt geht zurück auf die Vereinbarungen von Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im Juli im Kaukasus. Damals hatte sich Gorbatschow nach intensiven Verhandlungen damit einverstanden erklärt, daß mit der staatlichen Wiedervereinigung auch der östliche Teil Deutschlands Mitglied der NATO wird.

- 1
- 2
- 3
- 4
- 5
- 6
- 7
- 8
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24**
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30



Die DDR verläßt den Warschauer Pakt

Hintergrund

Bis 1989 zählte die DDR zu den engsten Verbündeten der Sowjetunion. Sie befand sich politisch, wirtschaftlich und militärisch in weitestgehender Abhängigkeit von Moskau. Und sie war nicht nur de facto ein Vasallenstaat der Sowjetunion, sondern auch de jure. Ihre begrenzte Souveränität und ihr eingeschränktes Selbstbestimmungsrecht in allen außen- und militärpolitischen Fragen hatten gewissermaßen "Verfassungsrang"; die Regierung in Ost-Berlin hatte sich selbst ohne zeitliche Einschränkung oder sonstige Bedingung als Glied der von Moskau geführten "sozialistischen Staatengemeinschaft" definiert. In zahlreichen Verträgen und internationalen Dokumenten hatte sich die Ost-Berliner Führung auf die Prinzipien des "sozialistischen Internationalismus" verpflichtet: In der Praxis bedeutete dies die Einmischung der anderen Vertragsstaaten in die inneren Angelegenheiten eines einzelnen Mitgliedstaats, wenn dort die "sozialistischen Errungenschaften" gefährdet schienen oder Moskau dies aus anderen Gründen für angezeigt hielt. Im Falle der CSSR hatte dieser Interventionismus 1968 die Gestalt einer militärischen Invasion angenommen; die DDR hatte sich bekanntlich - getreu der "Breschnew-Doktrin" - an diesem bewaffneten Überfall auf einen "Bundesgenossen" bereitwillig beteiligt.

In der von den SED-Machthabern verfügten Verfassung der DDR hieß es in Abschnitt I (Grundlagen der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung), Artikel 6, 2:

"Die Deutsche Demokratische Republik ist für immer und unwiderruflich mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbündet. Das enge und brüderliche Bündnis mit ihr garantiert dem Volk der Deutschen Demokratischen Republik das weitere Voranschreiten auf dem Wege des Sozialismus und des Friedens.

Die Deutsche Demokratische Republik ist untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft. Sie trägt getreu den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus zu ihrer Stärkung bei, pflegt und entwickelt die Freundschaft, die allseitige Zusammenarbeit und den gegenseitigen Beistand mit allen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft."

Tatsächlich war der Warschauer Pakt eine Organisation, in der die einzelnen Regierungen sich nicht nur zur Unterdrückung der Menschen im eigenen Staat, sondern zugleich zur kollektiven Unterdrückung auch aller anderen Völker der Teilnehmerstaaten vertraglich verpflichtet hatten. Die friedliche Revolution in Mittel- und Osteuropa hat dieser staats- und völkerrechtlichen Mißgeburt ein Ende bereitet. Für die DDR endete die 35jährige Vergewaltigung durch den Warschauer Pakt mit dem kurzen Protokoll, das heute vor drei Jahren von Rainer Eppelmann und einem sowjetischen General unterzeichnet wurde.